Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 44 (1950)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Mobilisierung des Westens ; Gefahr vom Osten? ; Die Stahlunion ; Deutschland und der West-Ost-Hande! ; Angelsächsisches ; Kontinentales und Orientalisches

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139382

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wird sie, statt neben den Dogmengott und den Moralgott der Positiven und der Liberalen noch einen sozialen Gott zu stellen, von dem Willen des lebendigen Gottes so beunruhigt sein, daß sie – über erstarrte Fronten hinweg auch in Theologie und Kirche – neu und besser zu einer Erkenntnis der ganzen Gotteswirklichkeit gelangt?

Und wird sie auch auf sozialem Gebiet die Mauern zwischen Gott und der Welt sehen und an ihrer Niederreißung arbeiten? Müßte dann nicht eine Vertiefung des Sozialismus sogleich auch zu einer Verbreiterung seiner Basis führen? Werden wir spüren, wie stark die Frage nach dem Fundament des Sozialismus gestellt ist, und bereit sein, darauf andere als opportunistische oder idealistische Antworten zu geben? Und werden wir die sozialistische Krise als Krisis des Selbstverständnisses erkennen, in der befangen die ausgebeuteten Menschen ihr proletarisches Schicksal nicht mehr erkennen? Werden wir schließlich, da wir dieses besser als Parteien und Gewerkschaften tun könnten, die Kräfte haben und gebrauchen, wirkliche soziologische Arbeiten zu unternehmen? Eine religiös-soziale Bewegung in der Art einer kleinen, reinen Hausgemeinde der Gleichgesinnten mag angenehm und bequem sein, Sinn und Segen hat nur eine arbeitende Bewegung. Darum sind wir in der gegenwärtigen Krisis nach unserem Willen und unserer Kraft zur Arbeit gefragt.

Nach einer rege benutzten Aussprache schloß die Versammlung mit der Bekundung des Willens, eine Bewegung für das Proletariat zu sein und eine arbeitende Bewegung.

WELTRUNDSCHAU

Mobilisierung des Westens Um die Mitte Mai unternahm der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve *Lie*, eine Rundreise durch Europa, um die Möglichkeiten zu erkunden, die Sowjetunion wieder mit den Westmächten zusammenzubringen, die UNO aufs neue arbeitsfähig zu machen und damit den Kalten Krieg zu beendigen. (Er hat dann die aus seinen Eindrücken hervorgegangenen Vorschläge in einem «Zwanzigjahrprogramm für den Frieden» zusammengefaßt und den Mitgliedstaaten der UNO unterbreitet.) Zur gleichen Zeit tagten in *London* die Außenminister der Atlantikbund-Staaten und der drei westlichen Hauptalliierten im besonderen, deren Grundhaltung der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 975) mit der Feststellung umschreibt, daß «die Westmächte gegenwärtig nicht mehr darüber sprechen, wie man mit der Sowjetunion ins Einvernehmen kommen könne, sondern lediglich darüber, wie die den Westmächten zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen, politischen, propagandistischen und psychologischen Mittel

möglichst rasch und gründlich mobilisiert werden können.» Trygve Lies Vorstoß wird dementsprechend im westlichen Lager, vor allem in Amerika, als unverschämte Einmischung in Sachen, die ihn nichts angingen, zurückgewiesen oder — im besten Fall — als vielleicht gutgemeinte, aber jedenfalls höchst gefährliche Versöhnungsmeierei abgetan.

Nichts könnte drastischer die jetzige Weltlage kennzeichnen als dieser Gegensatz der Auffassungen, nichts den glaubenslosen Pessimismus der westlichen Regierungswelt schärfer beleuchten als ihre völlig negative Beurteilung aller Möglichkeiten, zu einer friedlichen Verständigung mit der sowjetisch-chinesischen Staatengruppe zu kommen. «Acheson verfolgt ganz unverhüllt das Ziel», so bemerkt die Neuyorker «Nation», «die Maßnahmen für den Kalten Krieg aufeinander abzustimmen und zu steigern. Er muß womöglich ernste politische Gegensätze zwischen den drei westlichen Hauptverbündeten schlichten und die Atlantikpakt-Staaten veranlassen, die Hauptlast ihrer eigenen Aufrüstung selbst zu übernehmen. Das bedeutet ganz offenkundig die Absicht, die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West zu übertreiben, Aussichten auf ihre vorzeitige Milderung zu bagatellisieren und sich auf die Vorbereitungen für einen offenen Zusammenstoß zu konzentrieren.» Daß es Trygve Lie unter diesen Umständen schwer hat, seine Ausgleichsbemühungen fortzusetzen und die Russen von der Verständigungswilligkeit der Westalliierten zu überzeugen, versteht sich von selber. Nicht weniger selbstverständlich ist aber auch, daß die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, alles auf die Karte der Höchstrüstung für einen als immer wahrscheinlicher erachteten Krieg zu setzen, die westeuropäischen Völker in wachsende Unruhe versetzen muß. Den meisten von ihnen — wir denken namentlich an Frankreich und England — ist es ja trotz aller amerikanischen Nachhilfe noch völlig unklar, wie sie auch nur die Geldmittel für eine wirklich «genügende» Kriegsrüstung aufbringen sollen (was ist überhaupt für die Militärs kriegsgenügend?), während ihnen um so klarer ist, daß im Kriegsfalle Westeuropa — im Unterschied zu dem weit vom Geschütz entfernten Amerika — einfach ruiniert werden müßte.

Gefahr vom Osten! Unterdessen liegt vor der amerikanischen Bundesversammlung ein neues Kreditbegehren von 1222 Millionen Dollar für den Ausbau der Rüstungshilfe an die «freien Völker»: an die Atlantikstaaten, an Griechenland, die Türkei und Persien, an die Philippinen, an Südkorea und an das auf die Insel Formosa beschränkte China Chiang Kai-Sheks. Und Präsident Truman hat nicht versäumt, in seiner Begleitbotschaft — wie inzwischen auch in einer Rede in St. Louis — die «Politik der geplanten Aggression», die der Sowjetblock betreibe, und die Absicht des «kommunistischen Imperialismus», die Unabhängigkeit der demokratischen Länder zu vernichten, in den alarmierendsten Tönen zu brandmarken. Aber wiederum

muß man sich fragen, worauf sich denn diese Behauptung eigentlich stütze. Der bloße Umstand, daß die Sowjetunion gewaltige Kriegsrüstungen unterhält, genügt offenkundig nicht, um Angriffsabsichten von ihrer Seite glaubhaft zu machen. Die Vereinigten Staaten rüsten mindestens ebenso gewaltig und könnten schon jetzt jeden Tag von England, Deutschland, Island, Persien, Japan usw. aus einen russischen Landangriff auf Westeuropa mit einem beispiellos fürchterlichen Atombombenangriff aus der Luft vergelten, ohne daß sie für die sowjetische Luftwaffe irgendwie ähnlich verwundbar wären. Und diese militärische (wie auch die wehrwirtschaftliche) Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in fünf Weltteilen über den Sowjetblock wird in Zukunft nicht geringer, sondern eher noch größer werden.

Aber abgesehen davon heißt es den marxistischen Hintergrund der Sowjetpolitik gründlich verkennen, wenn man ihr heimtückische Kriegspläne zuschreibt. Gewiß, der Kommunismus trägt das Streben in sich, sich über die ganze Erde auszubreiten — wie der Kapitalismus auch. Aber er zählt dabei — anders als der Kapitalismus, der sich seit seinem Aufkommen als Kriegskraft ersten Ranges erwiesen hat — im Grundsatz nicht auf erobernde Militärgewalt. Er zählt vor allem auf die *sachliche Ueberlegenheit der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaftsform*, die in den inneren Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung begründet sei. Der Kapitalismus, so glaubt er, sei unwiderruflich zum Versagen verurteilt; er sei je länger, je weniger imstande, die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und werde darum an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen, während der Sozialismus und Kommunismus in den Ländern, die sich ihm öffneten, immer mehr erstarke und eine wachsende Anziehungskraft auf die Völker ausübe, die noch unter kapitalistischem oder gar feudalistischem Regime lebten. Die kommunistischen Staaten, vorab die Sowjetunion, hätten darum allen Grund, die Konkurrenz zwischen den beiden Gesellschaftsformen sich sachlich-friedlich entwickeln zu lassen, im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten, die das höchste Interesse daran hätten, eine sozialistische oder kommunistische Wirtschaft gar nicht aufkommen zu lassen, und darum von Anbeginn darauf ausgegangen seien, die kommunistischen Staaten — Sowjetrußland, China usw. — gewaltsam zu zerstören.

Mit dieser Interventions- und Aggressionspolitik — das ist die außenpolitische Grundauffassung des leninistisch-stalinistischen Rußland — sei auch in Zukunft aufs allerernsteste zu rechnen. Die Sowjetunion könne darum in dem Dauer-Belagerungszustand, in dem sie sich befinde, ihre neuen Wirtschafts- und Kulturformen nur dann zu entfalten hoffen, wenn sie bis an die Zähne gerüstet dastehe (und diesem Ziel einen großen Teil ihrer Wohlstandsmöglichkeiten opfere), wenn sie im Innern die Staatsgewalt rücksichtslos zusammenballe (und dem die per-

sönliche Freiheit ihrer Bürger opfere), wenn sie die günstigsten strategischen Grenzen habe, sich mit einem Gürtel unbedingt verläßlicher Gefolgsstaaten umgebe und überhaupt alle Mittel der überlieferten Machtpolitik anwende, wie sie in einem anarchischen Völkerverhältnis nun einmal notwendig seien.

In den herrschenden Kreisen der kapitalistischen Staaten kennt man natürlich diesen Sachverhalt ganz genau. Man weiß sehr wohl, daß von der Sowjetunion kein militärischer Angriff auf den Westen zu befürchten ist und daß die vom Kommunismus drohende Gefahr durchaus entscheidend in seiner *moralischen* Eroberungskraft besteht. Man weiß aber auch, daß man der sozialen Revolution, die auf dem Wege ist, vom kapitalistischen Boden aus keine überlegene moralische Gegenkraft entgegenzusetzen hat, und sucht darum, unter Entfachung einer «demokratischen» Kriegspsychose, den Kampf auf den *militärischen* Boden zu verlegen, wo man ihn am ehesten zu gewinnen hoffen darf. *Das* ist der Kern der gegenwärtigen West—Ost-Krise, das die Hauptursache des Kalten Krieges und das auch die treibende Kraft hinter der Mobilisierung aller Kriegsmittel der Westmächte, wie sie gemäß den Londoner Beschlüssen nunmehr mit letzter Folgerichtigkeit ins Werk gesetzt wird. Daß damit nicht einfach die Sache des Westblocks mit Kriegstreiberei und diejenige des Ostblocks mit Friedenswahrung gleichgesetzt wird, brauche ich hier um so weniger klarzustellen, als ich in der Mai-Rundschau die Kriegskräfte, die auch in der sowjetischen Machtpolitik wirken, deutlich genug gekennzeichnet habe. Aber daß für die uferlose Aufrüstung, die auf beiden Seiten betrieben wird, und im besonderen für das Scheitern der Verhandlungen über die Aechtung der Atomwaffen in erster Linie die kapitalistische Welt verantwortlich ist, das muß immer wieder ebenso laut und deutlich gesagt werden, wie daß die gegenwärtige Arbeitsunfähigkeit der UNO — ich meine den Auszug der Vertreter des Sowjetblocks aus den meisten internationalen Körperschaften — durch das hartnäckige Festhalten Amerikas und seiner Satelliten an der Unterstützung des «nationalen» Rumpf-China herbeigeführt worden ist.

Bei all dem steht für uns durchaus fest, daß all die riesenhaften Kriegsvorbereitungen, die jetzt im Gang sind, ihren Zweck nicht erreichen werden. Die europäischen Völker werden im Ernstfall nicht mehr marschieren; sie werden rebellieren. Und was Amerika betrifft, so werden auch seine anscheinend unerschöpflichen Hilfsmittel nicht genügen, um den Sieg des «freien Unternehmertums» sicherzustellen. Wie Johannes Steel in seinem Neuyorker Aprilbericht über die Weltereignisse zutreffend schreibt:

«Wenn es zum Krieg kommen sollte (und wir beharren weiterhin darauf, daß dieser letzte Wahnsinn abgewendet werden kann), so wird eine Armee von 15 Millionen Amerikanern nach Europa befördert werden müssen, um ihn auszutragen, mit

dem Ergebnis, daß sie gerade noch Aussicht auf ein Unentschieden am Schluß eines Krieges hat, der 10 bis 15 Jahre dauern mag und in dessen Verlauf nebenbei die letzten Spuren der amerikanischen Demokratie verschwinden werden.»*

Die ganze Militärplanung des Atlantikbundes ist tatsächlich, wie Steel meint, ein Truggebilde — trotz den neu erfundenen Artilleriegranaten und ferngelenkten Geschossen mit Atomladung, die nach Auffassung amerikanischer Militärs «das westeuropäische Verteidigungssystem enorm stärken werden» . . .

Die Stahlunion Das beginnt man sich anscheinend auch in Europa klarzumachen. Und zwar bezeichnenderweise besonders in *Frankreich,* das ja mit den armseligen zehn Divisionen, die es in den nächsten drei Jahren aufstellen zu können hofft, militärpolitisch in einer völlig trostlosen Lage ist und zu den Kosten seines indochinesischen Krieges hinzu (etwa eine Million Dollar täglich) die riesigen Lasten einer modernen Wehrmacht einfach nicht tragen *kann,* anderseits aber doch immer noch Hemmungen hat, die «Verteidigung der abendländischen Zivilisation» im wesentlichen einer deutschen Armee anzuvertrauen. Aus dieser Lage heraus ist der theatermäßig der Londoner Konferenz hingeworfene *«Schuman-Plan»* zu verstehen, der Plan also, die Kohlen- und Stahlindustrien Frankreichs und Deutschlands, weiterhin aber Westeuropas überhaupt, zusammenzulegen und durch ein souverän schaltendes und waltendes Direktorium betreiben zu lassen. Herr Schuman ist offenbar, wie A. del Vayo der Neuyorker «Nation» aus London berichtet, zu der Ueberzeugung gekommen, dieses Vorgehen biete «die einzige Möglichkeit, die in der Konferenz verborgene Gefahr abzuwenden, daß die volle Aufnahme Deutschlands als eines gleichberechtigten Genossen der großen Drei eine fertige Tatsache werde. Um die *politische* Eingliederung Deutschlands in das westliche System zu vermeiden, schlug er dessen *wirtschaftliche* Eingliederung

---

* Wie es mit der gefeierten amerikanischen Demokratie schon jetzt steht, liest man mit etwelcher Ueberraschung nun sogar in der sozialdemokratischen «Seeländer Volksstimme» (vom 16. Juni), wo es in einem Artikel der Korrespondenz «Universum-Preß» heißt:

«Wir halten nicht dafür, daß die Sowjetunion und die mit ihr befreundeten Staaten Oasen demokratischer Unabhängigkeit sind. Aber je länger je mehr kommen wir zu der Ueberzeugung, daß auch Amerika dabei ist, sich an jenem Strick aufzuhängen, den es anderen drehen wollte... Amerika entwickelt sich aus lauter hysterischer Angst zu einem *unfreien Polizeistaat,* wo ein richtiggehendes Propagandaministerium, die «Stimme Amerikas», für die einheitliche, *gleichschaltende Formierung und Verblödung des Geistes* sorgt. Und wie dies bei derartigen Tendenzen nicht anders möglich ist, wird die Volksmeinung sachte, aber zielbewußt weich geschlagen.»

Der Verfasser des Artikels kommt in Bezug auf die offizielle Propaganda in den Vereinigten Staaten zu dem Schluß, «daß die psychologische Kriegsvorbereitung bereits bei jenem Kapitel angelangt ist, wo es heißt, daß man nach sorgfältiger Abwandlung des Themas von der defensiven Kriegsführung das Publikum auf die Möglichkeit eines *Offensivkrieges* vorbereiten dürfe.»

vor, die für die Engländer viel schwerer anzunehmen ist. Indem er die Frage komplizierte, verminderte und verschob er die Gefahr, wobei gleichzeitig die französischen Grundinteressen gewahrt blieben für den Fall, daß der Plan schließlich doch angenommen und ausgeführt würde.»

Die amerikanische Politik, die mit kühler Berechnung — um die eigene Volkskraft zu schonen — die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ins Auge faßt — empfand *diese* Seite des französischen Planes, der zunächst als politisch-taktisches Ablenkungsmanöver auftrat, gewiß als ärgerliche Hemmung ihrer Tätigkeit.* Um so förderlicher ist den amerikanischen Absichten die andere, die sachlich-wirtschaftliche Seite des Schuman-Planes: die Vertrustung der westeuropäischen Schwerindustrie als Vorstufe einer allgemeinen Vereinheitlichung des westeuropäischen Produktionsapparates, die Stahlunion als entschiedener erster Schritt zu einer umfassenden westeuropäischen Wirtschaftsunion *auf kapitalistischer Grundlage*. Und das ist tatsächlich der Kern des ganzen Planes, dem ja durchaus keine neue Idee zugrunde liegt, der vielmehr auf die schon verhältnismäßig alten und besonders von amerikanischer Seite unterstützten Bestrebungen zurückgreift, einen allumfassenden westeuropäischen Kohlen- und Stahltrust zu schaffen. Wie Herr Schuman von vornherein klargemacht hat, soll die Leitung des neuen Gebildes grundsätzlich in den Händen ihrer bisherigen, zumeist privaten Besitzer bleiben, so daß also auch das amerikanische Kapital seinen bestimmenden Einfluß auf die deutsche Schwerindustrie behielte. Der Zweck der Operation ist natürlich nicht die Ausschaltung von friedensgefährlichen Reibungsflächen im Verhältnis von Frankreich und Deutschland, wie jetzt für die Galerie so geflissentlich hervorgehoben wird, sondern die Steigerung der Leistungsfähigkeit und damit der Gewinnmöglichkeiten der dem Trust (oder soll es nur ein Kartell werden?) anzuschließenden Industriewerke. Als Waffenschmiede des Atlantikbundes fänden die Teilhaber der Stahlunion in der Tat einen besonders großartigen Absatzmarkt, bliebe ihnen doch ohne solche Kriegslieferungen und ohne Absatz im Osten von den 50 Millionen Tonnen Stahl, die sie alljährlich herzustellen vermögen, mindestens die Hälfte unverkäuflich liegen. Gleichzeitig erhoffen die Vorkämpfer des «freien Unternehmertums» von dem Aufschwung der Kohlen- und Stahlindustrie einen entscheidenden Antrieb für eine neue Hochkonjunktur der europäischen Wirtschaft überhaupt und damit einen wichtigen Beitrag an die Bekämpfung des

---

* Es wird behauptet, der amerikanische und der französische Außenminister seien schon bei ihrer Pariser Vorbesprechung aneinander geraten. Schuman habe die Amerikaner vor die Wahl gestellt: Entweder ihr liefert uns um mindestens 120 Millionen Dollar *mehr* Kriegsmaterial für Indochina, als ihr zu bewilligen bereit seid, oder wir räumen einfach Indochina und überlassen Südostasien den Kommunisten. Acheson habe darauf mit der Drohung geantwortet, die französische und die deutsche Schwerindustrie verschmelzen zu lassen — eine Idee, die Schuman sofort seinerseits aufgegriffen und zu einem Plan umgebogen habe, der die französischen Wirtschaftsinteressen in vollem Umfang zu wahren geeignet wäre.

Kommunismus für den Fall, daß die militärische Aktion gegen ihn doch nicht genügen sollte.

Daß innerhalb der Stahlunion die westdeutsche Industrie bald die beherrschende Rolle spielen müßte und die rheinisch-westfälische Stahlproduktion von den 11,1 Millionen Tonnen, auf die sie gegenwärtig von den Alliierten begrenzt ist, rasch auf 17 und mehr Millionen Tonnen jährlich ansteigen würde, mit einer entsprechenden Stärkung der politischen Macht dieser schon im Zweiten und Dritten Reich so verhängnisvoll einflußreich gewesenen Interessengruppe, das scheint man in Frankreich und Amerika ziemlich leicht zu nehmen. Um so empfindlicher ist man für diese Gefahren in *England*. Man hat zwar in London kaum mehr grundsätzliche Hemmungen gegen die Einbeziehung Großbritanniens in einen Europabund, dem die angeschlossenen Staaten wesentliche Stücke ihrer nationalen Souveränität abzutreten hätten. Dafür ist England bereits viel zu stark mit dem Schicksal Gesamteuropas und besonders auch mit der Zukunft Deutschlands verbunden, von deren Mitbestimmung es sich unter keinen Umständen ausschließen lassen will. Um so genauer sieht man sich die politisch-soziale Orientierung an, die der kommende Europabund erhalten soll. Und da kann nun eben der Schuman-Plan und was weiter aus ihm werden soll, in England nur Beunruhigung erzeugen. Schon die allgemeine wirtschaftliche Erholung, durch die Großbritannien die heroischen Anstrengungen der letzten Jahre belohnt sieht, müßte neuerdings unterbrochen, wenn nicht zerstört werden, wenn die rücksichtslose deutsche Industriekonkurrenz abermals freie Bahn bekäme. Das erklärt — abgesehen von der brutalen Form, in der die französische Regierung den sofortigen Anschluß Englands an die Stahlunion erzwingen wollte — den Widerstand auch des konservativen Großbritannien gegen die Pariser Ideen. Dazu kommt, daß der kapitalistische Hintergrund des französischen Planes im offenkundigen Gegensatz zu der *sozialistischen* Ausrichtung der neueren britischen Wirtschaftspolitik steht. In einer europäischen Wirtschaftsorganisation, die von den Interessen des Privatunternehmertums in Frankreich, Westdeutschland, Belgien und Italien beherrscht wäre, hätte der britische Wohlfahrts- und Sozialstaat zumindest einen schweren Stand, wenn er sich gegenüber dem auf ihn von außen wirkenden Druck überhaupt noch zu behaupten vermöchte. Und das erklärt den Widerstand, den insbesondere das labouristische England einem überstürzten Anschluß an die Stahlunion entgegensetzt.*

---

* Das *sozialistische* Argument gegen den Schumanplan ist besonders in der vielerörterten Erklärung der Labourpartei zur Frage der Einigung Europas mit erfreulichem Freimut entwickelt worden. Und Minister Dalton unterstrich denn auch öffentlich noch besonders stark die Unmöglichkeit, «daß England einer Gemeinschaft von Staaten beitrete, die auf dem Profitstreben und auf der Gegnerschaft gegen die Planwirtschaft aufgebaut ist.» Solange also — das ist der Standpunkt der Labourführung — die Einigung Europas auf *kapitalistischer* Grundlage erstrebt wird, hat ein sozialistisches Großbritannien nichts darin zu suchen und wrd sein Veto gegen alle

Daß es mit einem bloßen Nein zum Schumanplan nicht geht, davon gibt man sich allerdings auch innerhalb der Labourbewegung Rechenschaft. «Will Attlee», so fragt der «New Statesman», «ruhig zusehen, wie der Gedanke einer Europaunion von einer unheiligen Allianz des Vatikans, der Schwerindustriellen der Ruhr und des Comité des Forges monopolisiert wird? Sind wir so sicher, daß wir auf unserer Insel es uns leisten können, unsere nationale Souveränität um den Preis eines Wiederauflebens des deutschen Nationalismus zu behaupten, oder daß wir eine amerikanische Wirtschaftskrise, verbunden mit einer halsabschneiderischen Konkurrenz zwischen uns und unseren europäischen Nachbarn, überstehen können?» Was jetzt not täte, das wäre also ein von der Labourregierung zu verfechtender Plan für eine *sozialistische* Organisation Westeuropas. Aber ist es dazu nicht längst zu spät? Besteht nach dem verhängnisvollen Zurückweichen Labourenglands vor dem amerikanischen Kapitalismus in der Frage der Sozialisierung der Ruhr und angesichts der kapitalistisch-reaktionären Restauration, die jetzt in den meisten Ländern Westeuropas im Gang ist, noch irgendwelche reale Aussicht, daß dieses selbe Westeuropa sich von London aus auf den Weg zur sozialen Planwirtschaft drängen lasse? Wir für unseren Teil glauben es nicht. Der englisch-französische Gegensatz wird darum vermutlich durch irgend einen faulen Kompromiß überbrückt werden, wobei Frankreich und die hinter ihm stehenden kapitalistischen Mächte grundsätzlich ihren Willen durchsetzen werden und England sich bemühen wird, zu retten, was zu retten ist, das heißt gewisse Schönheitsfehler zu beseitigen, die dem Schumanplan anhaften und an denen sich auch sehr harmlose sozialistische Gemüter trotz allem Eifer, «mit in dem Ding zu sein», eben doch stoßen müssen. In dieser Richtung geht ja auch die Politik der sozialdemokratischen Parteien des Festlandes und der ihnen nahestehenden Gewerkschaften, die sich nach etlichem Zögern, besonders auf westdeutscher Seite, doch entschlossen auf den Boden der Stahlunion und der im gleichen Geiste zu schaffenden westeuropäischen Wirtschaftsunion gestellt haben.

Deutschland und der West-Ost-Handel Und doch wäre eine Sammlung der sozialistischen Kräfte Westeuropas zur Durchsetzung einer plan- und gemeinwirtschaftlichen Umgestaltung unseres Erdteils um so nötiger, als

entsprechneden Pläne einlegen. Grundsätzlich die gleiche Auffassung, die die Sowjetunion gegenüber den Vereinten Nationen vertritt, in deren Schoß sie sich ebenfalls nicht durch Mehrheitsbeschlüsse antikommunistischer Mächte planmäßig an die Wand drücken lassen will! Kein Wunder darum, daß auch die Labourregierung die ganze sozialismusfeindliche Weltmeinung gegen sich hat, die ihr nationalen Egoismus, Isolationismus und Sabotage der Einigung Europas vorwirft, während es sich doch nur um das Festhalten an der Selbstbestimmung eines dem *Sozialismus* zustrebenden England gegenüber den Bestrebungen auf Einigung Europas im Zeichen des Kapitalismus handelt! (17. 6.)

sich die kapitalistische Lösung der europäischen Frage offenbar als unmöglich erweist. Die Marshallplanhilfe mag geleistet haben, was sie will: Europa wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen hat sie nicht vermocht und wird es auch bis zu ihrem Ablauf in zwei Jahren nicht vermögen. Zwischen die beiden großen Wirtschaftsreiche im Osten und Westen eingekeilt, die sich in immer höherem Maße selbst genügen, und von seinen früheren Reichtumsquellen in den kapitalistisch ausgebeuteten Ländern Asiens und Afrikas mehr und mehr abgeschnitten, muß darum Westeuropa außer der Verbindung mit Amerika, die selbstverständlich bleiben soll und bleiben wird, neue Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten und neue Absatzmärkte finden, wenn es nicht wirtschaftlich und kulturell in zunehmenden Maße verkümmern soll. Am dringendsten ist diese Notwendigkeit für *Westdeutschland,* das im vergangenen Jahr für nicht weniger als 1114 Millionen Dollar *mehr* ein- als ausgeführt und aus den Vereinigten Staaten allein für 825 Millionen Dollar Waren bezogen hat, während es dorthin nur für etwas mehr als 47 Millionen Dollar Waren liefern konnte. Es ist klar, daß ein so riesiges Handelsdefizit nicht endlos weitergeschleppt werden kann. Und da die Vereinigten Staaten kaum Lust haben werden, es noch sehr lange aus der eigenen Tasche zu decken, so bleiben nur zwei Möglichkeiten: eine gewaltige Steigerung der westdeutschen Ausfuhr nach den Ländern des Sterlingblocks (die diese schwerlich gutmütig hinnehmen würden) oder aber die Erschließung von Absatzmärkten für die westdeutsche Industrie in den Ländern des Sowjetblockes und in China. Der zweite Ausweg ist bisher durch die einseitig westliche Orientierung der Bonner Republik gesperrt geblieben. Wird er aber über kurz oder lang unter dem Druck der baren Lebensnotwendigkeiten nicht doch geöffnet werden müssen?

So wie bisher kann es doch mit Deutschland einfach nicht weitergehen. Wohl ist in Westdeutschland so etwas wie eine parlamentarische Demokratie nach bürgerlich-liberalistischem Muster eingeführt worden (mit Hilfe der alliierten Militärdiktatur allerdings, deren Wegfall dieser Demokratie eine wesentliche Stütze entziehen müßte). Aber gleichzeitig schreitet — um eine früher von uns gebrauchte Formel wieder zu verwenden — die Rekapitalisierung, Renazifizierung und Remilitarisierung des neuen Staatsgebildes, verbunden mit seiner planmäßigen Katholisierung, unaufhaltsam fort, für die Zukunft alles, nur nichts Gutes verheißend. Und die Westmächte dulden, ja fördern nicht nur diese Entwicklung, sondern wollen auch die *östliche Hälfte* Deutschlands durch Wiedervereinigung mit dem Westen für die gleiche Spielart von Demokratie erobern . . .*

* Drei kleine, fast aufs Geratewohl herausgegriffene Tatsachen aus jüngster Zeit beleuchten den gegenwärtigen Zustand Westdeutschlands eindrucksvoll genug. 1. Bundeskanzler Adenauer hat jetzt einen regelrechten «schwarzen Generalstab», genannt «Bruderschaft deutscher Generale». Der Leiter der Organisation gibt sich bescheiden

Ein Mittel dazu ist die Festhaltung der Westberliner Enklave durch die Alliierten, die, wie der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 1075) recht offen zugibt, dazu bestimmt ist, die Festigung des Sowjetregimes in der Ostzone zu verhindern und dieses Regime allmählich derart zu schwächen, daß dies «schließlich zum Zusammenbruch des Bolschewismus in Deutschland führt». Wenn sich die Russen von einem Sowjetsektor sagen wir in Frankfurt aus Aehnliches gegenüber Westdeutschland erlaubten — was für eine Dauerentrüstung gäbe das im westmächtlichen Lager! Nun aber die Russen und die ostdeutsche Regierung den Westberliner Pfahl im Fleische der Deutschen Demokratischen Republik entfernen wollen, erregt das erst recht den großen Zorn der Alliierten und der Westdeutschen, die gegen diese bolschewistische Ruchlosigkeit pathetisch die freiheitlichen Kräfte der ganzen Welt aufrufen! Auch die stufenweise vor sich gehende Eingliederung Ostdeutschlands in den Sowjetblock wird im westlichen Heerlager — eingeschlossen die Schweiz — als verabscheuenswerter roter Annexionismus angeprangert, während die nicht minder folgerichtige Eingliederung Westdeutschlands in den atlantischen Block als die selbstverständlichste Sache von der Welt, ja als höchst lobenswerte, von den edelsten Beweggründen eingegebene Aktion empfunden und dargestellt wird. Soll man sich über soviel Heuchelei ärgern oder einfach darüber lächeln?

Wenn die westdeutsche «Demokratie» uns keineswegs imponieren kann, so steht es natürlich auch mit ihrer ostdeutschen Konkurrentin nicht viel besser. In Ostdeutschland hat sich zwar seit Kriegsende ein soziale und kulturelle Revolution vollzogen, die mit den feudalen und kapitalistischen Unheilsmächten des alten Reiches radikal aufgeräumt und damit eine geschichtliche Aufgabe erfüllt hat, die weder die «Revolution» von 1918/19, noch — auf ihrem Boden — die westdeutsche Republik auch nur ernsthaft anzupacken gewagt hat. Allein dieser Fortschritt ist eben doch mit einer derart planmäßigen Vernichtung persönlicher und politischer Freiheitsrechte erkauft worden, daß man seiner unmöglich froh werden kann und nur darauf hoffen muß, daß eine künftige Beendigung des Kalten Krieges der Diktatur auch in Ostdeutschland eine wesentliche Grundlage unter den Füßen wegziehen werde.

---

als Angestellter des Kölner Bankiers Pferdemenges aus, der auch Abgeordneter im Bonner Bundestag, Berater Adenauers und Präsident der Vereinigten Stahlwerke ist. 2. In dem württembergischen Städtchen Aalen ist mit etwa 90 Prozent aller Stimmen ein Mann zum Bürgermeister gewählt worden, der diesen Posten schon in der Nazizeit bekleidet hatte und seit 1933 Mitglied der Hitlerpartei war. 3. Die alliierte Hochkommission hat Anfang Juni in der Form einer Ausführungsbestimmung zu einem früheren Gesetz über die *Verhinderung* der Wiederaufrüstung Deutschlands der westdeutschen Industrie erlaubt, eine gewisse Zahl kriegswichtiger Chemikalien sowie optischer und elektrotechnischer Werkzeuge herzustellen.

Angelsächsisches Vorderhand verliert allerdings mit der Verschärfung des Kalten Krieges die Demokratie immer weiter an Boden, während die autoritär-diktatorischen Mächte zusehends ihren Einflußbereich ausdehnen. Ein Zeichen dafür sind die verschiedenen *«Säuberungsaktionen»*, die sich auf beiden Seiten neuerdings geradezu häufen. In den Volksrepubliken, besonders in der Tschechoslowakei und in Ungarn, aber auch schon in Ostdeutschland gibt es Verratsprozesse am laufenden Band, Ministerabsetzungen, Parteiausschlüsse und all jene Disziplinar- und Strafmaßnahmen, die mit Vernunft und Gerechtigkeit nichts mehr zu tun haben, um so mehr aber mit dem Glauben, daß die wachsende Bedrohung von außen jede Straffungs- und Unterdrückungsgebärde im Inneren nicht allein rechtfertige, sondern unbedingt notwendig mache.

Die gleiche Denkweise liegt den *Kommunistenverboten* und *Kommunistenverfolgungen* in den «demokratischen» Ländern zugrunde. Wie in Australien und Japan, so werden jetzt die kommunistischen Organisationen auch in Südamerika immer planmäßiger außer Gesetz gestellt, das heißt in den Untergrund gedrängt, neuestens in Venezuela, das damit dem Beispiel von Brasilien, Paraguay, Chile, Peru und Bolivien gefolgt ist. In Argentinien ist seit Jahresbeginn die kommunistische Presse unterdrückt. In den *Vereinigten Staaten* geht der Kampf gegen den Kommunismus in anderen Formen weiter, vor allem durch Entfernung aller auch nur im geringsten «rötlicher» Innenfärbung verdächtiger Menschen aus öffentlichen Körperschaften wie auch aus privaten Organisationen und durch einen Gesinnungsterror und eine Schreckpropaganda, die immer hysterischere Ausmaße annimmt. Um nur ein mir gerade unter die Hände gekommenes Beispiel anzuführen: Das von Millionen gelesene, in Taschenformat gehaltene Wochenblatt «Quick» veröffentlichte letzthin eine grellrot gemalte Karte der Vereinigten Staaten, auf der die Gegenden bezeichnet sind, in denen ein «russisches Pearl Harbour» drohe, sei es als Unterseebootsangriff auf die Pazifikküste, sei es als Atomblitzkrieg gegen östliche Industriegebiete, sei es als Massenzerstörungsaktion im Bereich der Großen Seen oder anderwärts an «interessanten» Punkten der Union. Und der Präsident des Wehrmachtsausschusses des Abgeordnetenhauses, Carl Vinson, zögerte nicht, die Aufmerksamkeit der «Verteidigungsplaner» (die dies wirklich nötig haben!) ernstlich auf diese unheimlichen Gefahren zu lenken und die schleunige Schließung der noch bestehenden Lücken im amerikanischen Abwehrsystem zu verlangen, wenn die Vereinigten Staaten nicht ebenso unvorbereitet von den Russen überfallen werden sollten wie 1941 von den Japanern.

Anderseits haben sich Mitte Mai 51 Landesverbände kirchlicher, politischer, wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Art mit fast 80 Millionen Mitgliedern zu einer Dachorganisation zusammengeschlossen, die sich das Ziel setzt, «den Kommunismus in jedem Bezirk des amerikani-

schen Lebens auszulöschen». Was Wunder, wenn die Frage «Sozialismus oder Freiheit?» (so wird sie nämlich gestellt) mehr und mehr in den Mittelpunkt der rechtsbürgerlich-konservativen Propaganda gerückt wird und im Staate Florida bei der Aufstellung der demokratischen Parteikandidaturen für die Wahl des Bundessenats — es geschieht das durch Urnenabstimmung der Parteimitglieder — der langjährige Senator Pepper, ein redlich fortschrittlich gesinnter Mann, von einem jungen reaktionären Streber schwer aufs Haupt geschlagen wurde nach einem Wahlkampf, der von diesem mit den übelsten antisozialen, antikommunistischen und antisemitischen Schlagworten bestritten wurde?*

Den goldenen Hintergrund dieser Ausbreitung reaktionärer Stimmungen bildet übrigens ein neuer Wirtschaftsaufschwung, der in diesem Jahr eingesetzt und den Aktiengesellschaften Gewinne gebracht hat, die merklich über denjenigen des letzten, etwas kritischen Jahres liegen, besonders in der Automobil-, Möbel- und Apparatenindustrie sowie im Baugewerbe. Die Arbeitslosigkeit hat sich allerdings nicht wesentlich verringert, obwohl die Zahl der Neubeschäftigten etwas gestiegen ist. (Als Gegenstück zu diesem Konjunkturaufschwung sei auch hier vermerkt, daß während der vier Pfingstfeiertage, die man sich in Amerika gönnte, durch Unglücksfälle im ganzen Unionsgebiet 325 Menschen ums Leben gekommen sind.)

Wie stark der besitzbürgerliche Antisozialismus auch in *England* um sich gegriffen hat, haben die Unterhauswahlen vom vergangenen Februar deutlich genug erwiesen. Die jüngsten Gemeindewahlen haben zwar der Labourpartei nur wenig Abbruch getan, aber daß sich ihre moralische Stellung im Land seit Jahresbeginn wesentlich verbessert habe, wäre doch wohl eine allzu gewagte Behauptung. Die Konservative Partei setzt jedenfalls ihren demagogischen Zermürbungsfeldzug gegen die Labourregierung hemmungslos fort, an ihrer Spitze Winston Churchill, der in einer Agitationsrede vor 10 000 Londoner Frauen zuversichtlich voraussagte, der «Schandfleck», daß Großbritannien die einzige sozialistische Regierung in der englischsprechenden Welt besitze, werde bald ausgetilgt werden ... Das Leidige ist nur, daß die Führung der Labourpartei ihrerseits jenen kühnen Angriffsgeist fast gänzlich vermissen läßt, der ihre Sache — die Sache des demokratischen Sozialismus — allein zu retten imstande wäre. Bezeichnend dafür sind die programmatischen Aeußerungen, die Herbert Morrison, nach Attlee der wich-

* In Florida wie im ganzen Süden der Vereinigten Staaten gibt es nur *eine* Partei, die Demokratische, die meistens ungehemmt totalitär-reaktionär regiert. Ein amerikanischer Mitarbeiter der Schaffhauser «Arbeiterzeitung» (31. Mai) bemerkt dazu: «Da diese Staaten (die Einparteistaaten, die auch im Norden Amerikas, in republikanischer Ausgabe, vorkommen. H. K.) größtenteils von einer ‚Parteimaschine' kontrolliert werden, hat das Volk weder bei der Auswahl der Kandidaten noch bei ihrer Wahl ins Parlament viel dreinzureden. Das Fehlen einer organisierten Opposition macht den demokratischen Wahlprozeß ebensosehr zur Farce wie die Wahlen in den Volksrepubliken und Rechtsdiktaturen unserer Zeit.»

tigste Mann im Labourkabinett, soeben im schottischen Perth getan hat und worin er, den Begriff Sozialimus neu umschreibend, erklärte, es komme jetzt mehr auf ein «konstruktives Vorgehen» an als auf die Ausschaltung der großen, privatwirtschaftlich betriebenen Industriezweige. Wichtig sei vor allem eine «Unterstützung und Anspornung der privaten Unternehmungen, damit diese unternehmungslustig und ausdehnungsfähig seien.» Von einer Sozialisierung der Versicherungsgesellschaften, der Zement-, Zucker- und Chemieindustrie, wie sie noch im Wahlprogramm der Labourpartei vom vergangenen Februar gefordert worden war, ließ Morrison nichts mehr verlauten. Und doch wird die Labourführung — je früher, desto besser — Farbe bekennen müssen, wenn sie nicht einer folgenschweren Niederlage entgegengehen will. Wie ein ungenannter britischer Mitarbeiter in der unabhängigen sozialistischen «Monthly Review» (Neuyork, April 1950) wohl richtig sagt:

«Die Zeit ist nunmehr gekommen, da sich England entscheiden muß. Wenn Labour jetzt zögert, wird es innert nicht zu ferner Zeit entweder zu einer Koalition oder zu einer Tory-Regierung kommen. Dieser Weg wird aber sicher zu einer Wirtschaftskatastrophe und vielleicht gar zum Krieg führen ... Es wäre töricht, allzu optimistisch zu sein. Die Korruption einer von beiden Parteien getragenen Außenpolitik hat sich tief eingefressen. Alle vergangene Erfahrung der Labourführer und all ihre Instinkte weisen sie auf den Weg des Kompromisses, wobei sie sich am Ruder zu halten suchen, indem sie die Randschichten der Wählerschicht zufriedenzustellen bemüht sind. Der Druck des britischen Kapitalismus ist stark, die Opposition in Presse und Land gut organisiert. Aber der demokratische Sozialismus in England hat jetzt vielleicht seine letzte Chance. Versäumt er sie, dann mag die Labourpartei ihr Los beklagen. Es gibt Leute in der britischen Arbeiterbewegung, die das wissen, und anderen prägen die Ereignisse die Lehre ein, daß der Kampf für ein sozialistisches England jetzt aufgenommen werden muß. Sonst kommt es zu einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe.»

Kontinentales und Orientalisches

Ein kraftvoller sozialistischer Antrieb von England her wäre uns doppelt erwünscht, weil ja auf dem europäischen Festland der Zug nach rechts immer noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Die *belgischen Wahlen* vom 4. Juni haben es erneut bewiesen. Wohl ist, wenn man die Volksabstimmung über die Königsfrage zum Vergleich nimmt, die Zahl der leopoldistischen Wähler um acht Prozent zurückgegangen. Aber das ändert nichts an zwei Tatsachen: erstens, daß die Christlichsozialen dennoch die, wenn schon ganz knappe, Mehrheit nun auch in der Kammer erobert haben, und zweitens daß die Sozialisten unter der unzuverlässigen Führung Spaaks bereit scheinen, einen Kompromiß in der Königsfrage zu schließen und mit den Klerikalen zusammen eine neue Koalitionsregierung zu bilden, deren Kurs unter dem Banner der Stahlunion und des ihm entsprechenden Westeuropabundes («Spaakistan») bestimmt nicht nach links führen wird.

Die Sammlung der konservativen und rückschrittlichen Kräfte vollzieht sich auch in Frankreich, in Skandinavien (ausgenommen das von

der Sowjetunion abhängige Finnland), in Italien und Griechenland und selbstverständlich besonders ausgesprochen in Westdeutschland. Hier wird sie nicht zuletzt durch die Aufwühlung russenfeindlicher Gefühle in Hunderttausenden von Familien unterstützt, denen man unausgesetzt einredet, daß ihre seit dem Feldzug in Rußland vermißten Angehörigen unter schrecklichsten Bedingungen *gefangen in der Sowjetunion zurückgehalten* würden. Wie unverantwortlich leichtfertig diese ja auch von der Schweizer Presse freudig weiterkolportierte Behauptung ist, stellen neuerdings die anständigen englischen Blätter sehr deutlich fest. Ich gebe wörtlich wieder, was der Labourabgeordnete Croßman im «New Statesman» (3. Juni 1950) schreibt:

«Lord Henderson hätte es sich, wie mir scheint, besser zweimal überlegt, bevor er vor dem Oberhaus Dr. Adenauers Behauptung, wenn auch nur indirekt, übernahm, wonach noch immer zwischen einer und anderthalb Millionen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion ‚verborgen' seien. Wie der ‚Manchester Guardian' auf Grund einer sorgfältigen, von Professor Frumkin in Genf gemachten statistischen Analyse festgestellt hat, liegt recht wenig Beweismaterial vor, das erlauben würde, die russischen Angaben zurückzuweisen. Die Russen behaupten, daß die Gesamtzahl der von der Roten Armee eingebrachten deutschen Gefangenen 1 900 000 Mann betrug, von denen alle — bis auf einige tausend Kriegsverbrecher — in ihre Heimat entlassen wurden, wie zugegeben wird. Die deutsche Zahl (3 bis 3,5 Millionen) scheint errechnet worden zu sein durch eine einfache Zusammenzählung der Gesamt-Gefangenenzahlen, die in den aufeinanderfolgenden russischen Kriegscommuniqués angegeben wurden. Abgesehen davon, daß diese Zahlen wahrscheinlich übertrieben waren, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß sie Tausende von verwundeten Gefangenen miteingeschlossen haben, deren Tod unter den harten Bedingungen des russischen Winterfeldzuges als sicher angenommen werden kann. Weiter ergab eine Untersuchung, die 1947 in der amerikanischen Zone Deutschlands angestellt wurde, eine Zahl von Kriegsgefangenen, die, proportional auf das ganze Gebiet Deutschlands übertragen, ziemlich genau mit der Zahl der Kriegsgefangenen übereinstimmte, die damals nach russischen Angaben noch in Kriegsgefangenschaft waren. Behauptungen, wonach immer noch eine Million Deutscher ‚lebend und vermißt' sich in der Sowjetunion aufhalte, ist ohne Zweifel gute Propaganda im Kalten Krieg; aber da hiedurch zahllosen deutschen Familien eine klägliche Hoffnung erhalten bleibt, daß sie ihre Angehörigen, die längst verstorben sind, wiedersehen werden, finden wir ein solches Gebaren grausam und widerlich.»

Es ist tatsächlich kaum zu sagen, wie unheilbar die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland durch die Lüge von den anderthalb Millionen in der Sowjetunion schmachtender braver Deutscher vergiftet worden sind. Man wird den deutschen Familien, die es angeht, auch durch die redlichste Aufklärung kaum mehr die Ueberzeugung nehmen können, daß es «eben doch so sei», wie man ihnen jahrelang angegeben hat. Wenn ihre vermißten Angehörigen dann nicht mehr zurückkehren, so sind sie nach deutscher Auffassung einfach das Opfer des «bolschewistischen Untermenschentums» geworden, das Hitler vergeblich auszurotten versucht habe. Wieviele schweizerische Zeitungen — deren Londoner Korrespondenten selbstverständlich sowohl den «Manchester Guardian» als den «New Statesman» lesen — werden aber das Mindestmaß von Anstand aufbringen, wenigstens an ihrem Teil dazu beizu-

tragen, daß die *Wahrheit* über die deutschen Gefangenen in Rußland bekannt wird? —

Ein diesmal wieder nur summarischer Blick auf die *asiatische* Welt mag unsere Rundschau beschließen.

In der *Türkei* ist durch die Parlamentswahlen zur allgemeinen Ueberraschung die bisherige Regierungsgruppe, die Republikanische Volkspartei, gestürzt und die Demokratische Partei ans Ruder gebracht worden. Der Stimmenunterschied zwischen den beiden Parteien — Demokraten 4,2 Millionen, Republikaner 3,1 Millionen — ist zwar lange nicht so groß wie der Unterschied in den Mandatszahlen (417 bzw. 70 Sitze). Schon darum darf man von diesen Wahlen keine sensationelle Wendung der türkischen Politik erwarten. Die Diktatur wird wohl gelockert werden, aber grundsätzlich bleiben; die Wirtschaftspolitik wird mehr auf die Interessen des kapitalistischen Bürgertums und der Bauern zugeschnitten sein als auf diejenigen der *noch* konservativeren Grundbesitzer, und außenpolitisch wird die Türkei, wie ihr persischer Nachbar, nach wie vor ein Gefolgsstaat der USA sein, dessen Treue durch ausgiebige Subventionen und seßhafte Militärmissionen hinlänglich gewährleistet sein dürfte.

Auch *Israel* gerät mehr und mehr in den Machtbereich des Westblocks, obschon es das amerikanische Ansinnen, als Voraussetzung für Waffenlieferungen aus Uebersee seine Militärorganisation rückhaltlos zu enthüllen, bisher nicht erfüllt hat. Die friedliche Einverleibung des westlich des Jordans gelegenen «arabischen Dreiecks», das die UNO seinerzeit dem Staat Israel abgesprochen hatte, in *Jordanien* und die endlich erfolgte völkerrechtliche Anerkennung Israels durch Großbritannien haben inzwischen die internationale Stellung des jüdischen Gemeinwesens erheblich gestärkt, so daß die Hoffnung begründet erscheint, Israel werde sein Lebensrecht zu behaupten vermögen, ohne noch einmal gegen die Arabische Liga — die immer mehr der Auflösung verfällt — zu den Waffen greifen zu müssen. Jordanien selbst bleibt fest an Großbritannien gebunden, das sich gegenwärtig aufs neue mit *Aegypten* auseinandersetzt, aber so wenig wie je Lust zeigt, die Suezkanalzone oder gar den Sudan zu räumen.

In *Japan* haben die Senatswahlen der «liberalen» — lies: kapitalistisch-konservativen — Regierungspartei, aber auch den Sozialdemokraten bedeutende Gewinne, den Kommunisten aber starke Verluste gebracht. Der innerpolitische und soziale Kampf verschärft sich dabei zusehends, während in dem Begehren nach Abzug der amerikanischen Besetzungsarmee alle Parteien einig sind und außer der militaristisch-faschistischen Rechten die meisten Japaner auch gegen die Benützung ihres Landes als Operationsbasis gegen die Sowjetunion und für einen Friedensschluß nicht nur mit den Westmächten, sondern auch mit Rußland und China sind. Falls es nicht zu einem solchen allgemeinen Frieden

käme, weil eben die Vereinigten Staaten ihre Militärstützpunkte in Japan nicht aufzugeben bereit wären und dazu Japan selbst — wie Westdeutschland — wiederaufrüsten wollten, so käme es unvermeidlicherweise zu Sonderfriedensverträgen beider Mächtegruppen mit Japan und einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Vereinigten Staaten einerseits, der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik anderseits auch in Ostasien. Die amerikanische Waffen- und Militärhilfe an Frankreich, die jetzt den «Krieg gegen den Kommunismus» in *Indochina* alimentiert, vertieft diesen Gegensatz zwar ohnehin schon nicht unwesentlich, obwohl gerade der Viet Minh, der vier Fünftel des indochinesischen Gebietes umfassende neue Volksstaat, bisher keineswegs als kommunistisches Gebilde oder gar als Satellit der Sowjetunion angesprochen werden kann.

Die *Tendenz* zur Kommunisierung besteht unzweifelhaft in Indochina ebenso wie in den anderen Ländern Südostasiens, aber nicht als Wirkung eines «aggressiven Sowjetimperialismus», sondern als Ausdruck des elementaren Willens der farbigen Rassen, den *westeuropäisch-amerikanischen* Imperialismus abzuschütteln und sich ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen. Die Westmächte beteuern vergebens ihre Bereitschaft, den asiatischen Völkern in diesem ihrem Streben beizustehen; ihre Taten, zu denen auch der mit Erbitterung und großem militärischem Aufgebot geführte Krieg Englands gegen die «Terroristen» in *Malaya* gehört, strafen ihre Worte Lügen und lassen die Hoffnung gering erscheinen, daß aus den verschiedenen Konferenzen über Südostasien, die in den letzten Wochen stattgefunden haben — Konferenz des Britischen Commonwealth in Sidney, Konferenz der Vereinten Nationen in Bangkok, Konferenz der Interessenten eines Pazifikpaktes auf den Philippinen —, innert nützlicher Frist eine wirklich großzügige Aktion in der rechten Richtung hervorgehen werde. Worin die Westmächte und ihre asiatisch-australischen Verbündeten allein Energie, Aktivität und Großzügigkeit entfalten, das ist der *falsche*, der militärisch-machtpolitische und kapitalistisch-wirtschaftliche Kampf gegen den Kommunismus wie gegen die soziale Revolution überhaupt. Und der führt, wenn ihm nicht aus den Völkern heraus rechtzeitig Halt geboten wird, früher oder später unweigerlich zur blutigen Katastrophe, die die Revolution nicht verhindern, aber ihr ein Gesicht geben wird, an dem wir wenig Freude erleben dürften.

13. Juni. *Hugo Kramer.*

Nach dem 4. Juni

Es gibt also noch Volksentscheide, über die man sich rechtschaffen freuen darf und die den romantischen Ruf unserer «direkten Demokratie» aufs neue zu rechtfertigen scheinen! Die eidgenössische Abstimmung vom 4. Juni ist tatsächlich so ausgefallen, wie man es wünschen mußte und wie es auch von vornherein zuversichtlich erwartet werden durfte: die angebliche Verständigungsvorlage über die *Neuordnung*